

Sonderdruck aus:

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
14 / 2007

Soziale Sicherheit und Frieden

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

■ MUSICA PRO PACE 2006

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

November 2008, ISBN 978-3-89971-390-9
V&R unipress

V&R  unipress

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial:	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

<i>Islamische Theokratie im Iran und anderswo – Kriegsgefahren und Friedens-Chancen</i> Mit Ruprecht Polenz, Udo Steinbach, Mohssen Massarrat	19
<i>Empörung in den Städten? – Welche Signale geben die Zusammenstöße in Frankreich?</i> Mit Herbert Schmalstieg, Marianne Rodenstein, Hartmut Häußermann	43
<i>Forum interreligiöser Dialog: Religion und Gewalt</i> Mit Muhammad Abdel Haleem, Jonathan Magonet, Franz Kamphaus	65
Milan Horáček, Brüssel / Straßburg und Prag <i>Europa sieht Deutschland: Tschechien und die Deutschen – 16 Jahre nach der Einheit</i>	89
<i>Krise ohne Ende? Welchen Weg geht die marktwirtschaftliche Gesellschaft?</i> Mit Franz Müntefering und Kurt Biedenkopf	103
Ursula von der Leyen, Berlin <i>Familienpolitik als Zukunftspolitik: Möglichkeiten und Grenzen.</i> . . .	123

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2006**

Stefan Hanheide, Osnabrück
*Über Dmitri Schostakowitsch: Sinfonie Nr. 13 b-moll »Babi Jar«
und Joseph Haydn: Sinfonie Nr. 44 e-moll »Trauersinfonie«* 143

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

*Grußwort zum Festakt anlässlich des 20-jährigen Bestehens der
Osnabrücker Friedensgespräche. Gehalten von Staatssekretär
Dr. Josef Lange, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft
und Kultur, am 25. Oktober 2006* 153

Dieter Senghaas, Bremen
*Ist Frieden möglich? Festvortrag anlässlich des
20-jährigen Bestehens der Osnabrücker Friedensgespräche.
Gehalten am 25. Oktober 2006 in der Stadthalle Osnabrück* 157

Roland Czada, Osnabrück
*Sackgassen der Sozialpolitik. Integration und Ausgrenzung
im deutschen Wohlfahrtsstaat* 169

Hamideh Mohagheghi, Hannover:
*Interreligiös Lernen: Was macht den Alltag für Muslime
in Deutschland so schwierig?* 185

Alrun Niehage, Osnabrück
»Nachhaltige Familienpolitik« zwischen Anspruch und Realität 193

Rainer Werning, Köln
*18 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges:
Fragiler Frieden auf der koreanischen Halbinsel.* 209

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 224
Abbildungsnachweis 230

Empörung in den Städten? – Welche Signale geben die Zusammenstöße in Frankreich?

Podiumsveranstaltung im Rathaus der Stadt
am 6. Juni 2006

<i>Dr. hc. Herbert Schmalstieg</i>	Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Vizepräsident des Deutschen Städtetages
<i>Prof. Dr. Marianne Rodenstein</i>	J. W. Goethe-Universität Frankfurt a. M.
<i>Prof. Dr. Hartmut Häußermann</i>	Humboldt-Universität Berlin
<i>Dr. Daniela De Ridder</i>	Fachhochschule Osnabrück – Gesprächsleitung

Daniela De Ridder: In diesen Tagen gingen in einigen Vororten der Pariser Innenstadtbezirke, z.B. in *Clichy-sous-Bois*, wieder Autos in Flammen auf. Dort hatte sich schon im November 2005 die Empörung Bahn gebrochen: Jugendliche bewarfen Autos und Busse mit Steinen, zündeten schließlich Fahrzeuge an, danach auch Schulen und Kindergärten – womöglich aus Enttäuschung über die republikanische Gesellschaft. Was war geschehen?

Sichtbar wurde die Krise der *banlieue*, Sammelbegriff für die Pariser Vorstädte, die für Jugendliche vor allem Perspektivlosigkeit, Langeweile und Verzweiflung bieten. Was waren die Gründe für die scheinbar hemmungslose Entladung von Gewalt? Wie sahen die Rollen der Politik und der Medien angesichts der darauf folgenden Straßenkämpfe aus? Durfte ein Innenminister – wie *Nicolas Sarkozy* es tat – Menschen in den Vorstädten ungestraft als »*racaille*«, als Abschaum, bezeichnen?

In der Bundesrepublik lehnte man sich getrost zurück, denn dies alles schien eine speziell französische Entwicklung zu sein, mit der wir nur peripher zu tun hatten. Dann kamen die Hilferufe der Berliner *Rütli-Schule*: Lehrerinnen und Lehrer wandten sich verzweifelt an den Berliner Senat, weil sie der drohenden Gewalt in ihrer Schule nicht mehr Herr wurden. Ganz offensichtlich gab es ein Integrationsproblem.

Im Frühjahr 2006 ereilt uns nun die Nachricht, dass es in Deutschland *no-go areas* gebe: Zeitgleich zur beginnenden Fußballweltmeisterschaft verkündete die NPD, es gebe in der Bundesrepublik so etwas wie »national befreite Zonen«.

Ist es zutreffend, dass das Empfinden gesellschaftlicher *Ausgrenzung* – gleichermaßen in Frankreich wie in Deutschland – aus der Wahrnehmung einer Diskriminierung hervorgeht, die auf dem Arbeitsmarkt stattfindet und durch einen bestimmten Wohnort in Kombination mit einem ›falschen‹ Familiennamen und einer noch ›falscheren‹ Herkunft noch verstärkt wird? Und welche sind die sozialen Verstärkereffekte, die möglicherweise zu einer Ghettobildung beitragen? Zu diesen Fragen dürfen wir die nun folgenden Antworten unserer Gäste erwarten.

Herbert Schmalstieg: Vor einem Jahr feierte der Deutsche Städtetag in Berlin sein 100-jähriges Bestehen. Titel und Motto seiner Hauptversammlung lauteten: »Die Zukunft liegt in den Städten«. Eine der Aussagen, mit denen diese Feststellung untermauert wurde, war der Hinweis auf die Bedeutung der Städte als Orte der Integration. Städte waren und sind Orte der sozialen Integration und der individuellen Freiheit, weil sich in ihnen die kulturellen, interkulturellen und wirtschaftlichen Ressourcen bündeln. Deshalb kommt den Städten, wenn es um die Integration von Menschen unterschiedlicher Kultur und Herkunft geht, eine besondere Bedeutung zu.

Einige Zahlen können das untermauern: Rund 6,7 Mio. Ausländerinnen und Ausländer leben in Deutschland. Von ihnen wurden 20% hier geboren. Ein Drittel kommt aus den Ländern der Europäischen Union, 25% aus der Türkei. Kürzlich stellte sich im Rahmen einer Veranstaltungsreihe ›Europa zu Gast im Rathaus‹ die Türkei im Rathaus zu Hannover vor. 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren im Rathaus. Bei aller Kritik, was bestimmte Menschenrechtsfragen in der Türkei angeht, unterstütze ich die Beitrittsverhandlungen der Türkei zur Europäischen Union, denn bereits 2,4 Mio. Türken leben in Deutschland, und 3,2 Mio. sind es in Westeuropa. Inzwischen hat jedes dritte Kind in Deutschland einen Migrationshintergrund, und fast die Hälfte aller Migrantinnen und Migranten leben in den Großstädten. Auf Hannover bezogen – Frankfurt hat da noch ganz andere Zahlen – heißt das: Bei 525.000 Einwohnerinnen und Einwohnern haben wir rund 117.000 Menschen, die aus 170 verschiedenen Nationen stammen. Jeder fünfte Einwohner hat also einen Migrationshintergrund. Dieser Anteil wird sich in den nächsten Jahren noch erhöhen. Schon stammen 40% der Neugeborenen aus Familien mit Migrationshintergrund. Die übrigen 60% der Kinder stammen von 80% der deutschen Einwohnerinnen und Einwohner. Über viele Jahre und Jahrzehnte hinweg wollte man nicht wahrhaben, dass Deutschland ein

Einwanderungsland ist. Das Hinwegsehen über diesen Punkt dokumentiert sich in der gesamten Ausländer- und Asylrechtsgesetzgebung, die, was das Zusammenleben der Menschen in unseren Städten angeht, in vielerlei Hinsicht katastrophal ist.

Gutes und vertrauensvolles partnerschaftliches Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen, Nationen und Religionen ist für uns in Deutschland, besonders aber in den großen Städten, sehr wichtig. Es darf eben nicht zum Entstehen von »Parallelgesellschaften« kommen. Dieses Wort wird im Übrigen höchst unfair gebraucht, insofern darunter meist generell Menschen mit Migrationshintergrund subsumiert werden. »Parallelgesellschaften« gibt es aber allenfalls zwischen denen, denen es gut und immer besser geht, und jenen, die in Armut leben.

Wir brauchen eine *funktionierende* Integration, die wir nicht nur von denen einfordern müssen, die zu uns kommen, sondern von der Gesellschaft insgesamt. Unsere Weltoffenheit und wie wir mit der kulturellen Vielfalt umgehen, wie ernsthaft wir für unsere eigenen Verfassungsprinzipien und unsere Bindung an menschenrechtliche Normen eintreten, zeigt sich gerade auch in der Integrationsfähigkeit in den Städten. Von Professor *Roland Roth* stammt die treffende Formel, derzufolge Städte entweder »Motoren der Integration« sind oder zum »Sammelplatz von Problemen« werden. Ich möchte, dass unsere Städte zu Motoren der Integration werden, nicht zu Sammelplätzen von zu lösenden Problemen.

Wirkt sich die Situation in den französischen Städten auch auf uns in Deutschland aus? Wie gehen wir damit um? Die Meldungen aus Frankreich über die Unruhen in den Pariser Vororten, über Sachbeschädigung und Brandstiftung, alarmieren uns. Aber schon vor diesen neuerlichen Übergriffen und Unruhen wurden im Jahr 2005 fast allnächtlich in den französischen Städten bis zu 90 Autos in Brand gesetzt. Die Situation spitzte sich über eine längere Zeit zu. Wer solche Vorstädte kennt, weiß, dass die Menschen dort nicht unbedingt aus freien Stücken leben. Um dieses Thema haben sich die Franzosen allerdings über Jahrzehnte nicht richtig gekümmert. Deutschland ist in diesem Punkt nicht ohne weiteres mit Frankreich vergleichbar, denn Frankreich hat eine besondere Tradition als Einwanderungsland. Es war bis Mitte des 20. Jahrhunderts eine Kolonialmacht, während Deutschland seine Kolonien am Ende des Ersten Weltkriegs verlor. Die aus den französischen Kolonien stammenden Migranten hatten in Frankreich bereits Staatsbürgerrechte, anders als die ›Gastarbeiter‹ in Deutschland, die nur eine geduldete, rechtlose Bevölkerungsgruppe waren. Die Immigranten in Frankreich waren nicht nur formal gleichberechtigt; sie sprechen auch die gleiche Sprache. Bei uns wird das Thema Integration oft auf das Sprachenproblem reduziert, indem wir sagen: Die Integration funktioniert nicht, und es kommt zu Problemen,

weil die Migranten nicht unsere Sprache sprechen. In Frankreich sprechen alle die gleiche Sprache; mithin kann der Grund für die Unruhen dort kein Sprachproblem sein, sondern es muss an anderen Dingen liegen.

Frankreichs *Städtebaupolitik* hat dafür gesorgt, dass sozial Schwache fernab von den reichen Stadtzentren in den Vororten leben. Dorthin sind die Menschen aus Nordafrika gekommen und haben sich völlig abgekapselt, leben in einer völlig eigenen sozialen Situation. Die Grenzen dieser Gebiete sind scharf gezogen; jenseits davon ist sofort wieder der Reichtum zu erkennen. Diese Konstellation muss zu Konflikten führen: Wenn auf der einen Seite der Reichtum sichtbar ist und auf der anderen Seite die Menschen in absoluter Not leben, so werden sich insbesondere junge Menschen die Frage stellen, warum sie sich das ihnen Vorenthaltene nicht einfach holen sollten. Auch bei uns gibt es Stadtteile mit großen sozialen Problemen und Spannungen, beispielsweise zwischen den Bewohnern hübscher Reihenhäuschen und umliegender Sozialwohnungen, in denen so genannte Spätaussiedler wohnen, darunter eine große Zahl von Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfe-Empfängern. Auch wir haben bei uns Wohn- und Stadtquartiere mit einer solchen Zusammenballung, für deren Konfliktpotentiale wir Lösungen finden müssen.

In Frankreich liegen die Wohnquartiere der sozial Schwachen und der Zuwanderer zumeist in den vernachlässigten Randbereichen der Städte. Derartige Ghettobildungen gibt es in Deutschland nicht. Anders als in den französischen Städten hat sich z.B. in Berlin-Kreuzberg oder Neukölln eine ganz bestimmte kulturelle Mischung entwickelt. Dort ist eine besondere Atmosphäre zu spüren, weil man erkennt, dass die Menschen tatsächlich *integriert* werden.

Entscheidend ist in jedem Fall, in Frankreich wie in Deutschland, dass man die *Arbeitslosigkeit* in den Griff bekommt – insbesondere unter der Jugend. In Deutschland ist dies schon schwierig genug, aber in Frankreich ist die Jugendarbeitslosigkeit wesentlich höher als bei uns und hält auch länger an. Ein weiterer Unterschied zu Deutschland liegt darin, dass in Frankreich der zivile Ungehorsam auch ein Teil der politischen Kultur ist, seit es Ende der 1970er Jahre dort immer wieder Bürgerbewegungen gegeben hat, die aus den Vororten heraus agierten.

Dennoch sollten wir uns in Deutschland nicht in Sicherheit wiegen. Es gibt zwischen beiden Ländern eine Parallele, die für Unruhe und Explosivität sorgt: Hier wie dort verarmen ganze Bevölkerungsschichten und sind zunehmend von der übrigen, wohlhabenden Bevölkerung politisch und sozial abgekoppelt. Für Migrantinnen und Migranten gilt diese Gefahr auch bei uns, wie die Veröffentlichung der jüngsten PISA-Studie zeigt, in besonderem Maße. Wir müssen unsere Anstrengungen zur Integration der Zugewanderten deutlich verstärken, ihnen faire Chancen geben, aber auch

klare Regeln setzen. Migrantinnen und Migranten, besonders Kinder und Jugendliche, brauchen eine aktive Förderung, und zwar von dem Alter an, in dem sie Kindergärten oder Tagesstätten besuchen. Schon vor der Aufnahme in die Schule müssen die Kinder die Möglichkeit garantiert bekommen, die deutsche Sprache lernen zu können, um über Bildung und Qualifizierung die Hürden auf dem Weg zum Arbeitsplatz zu überwinden. In Hannover erreichen wir mit dem Angebot der Kindertagesstätten 97% aller Kinder im Alter von 3-6 Jahren. Somit haben wir die Möglichkeit einer flächendeckenden Sprachförderung für Migrantenkinder. Ich meine, man sollte die Einführung einer Kindertagesstättenpflicht ab dem 3. Lebensjahr anstreben und das Angebot machen, dass schon zweijährige Kinder mit Migrationshintergrund die Chance haben, die Sprache zu lernen. Nur wer die Sprache spricht, hat auch eine Chance in der Schule.

Integrationspolitik ist keine Einbahnstraße und auch kein ›Karneval der Nationen‹. Auch die Migrantinnen und Migranten selbst müssen eine starke und dauerhafte Integrationsbereitschaft zeigen. Nach dem Prinzip des Förderns und Forderns müssen Migranten beim Erlernen der deutschen Sprache Eigenanstrengungen machen. Unerlässlich wird aber auch sein, den Einzelnen alle individuellen Rechte zu sichern, wenn sie die Rechts- und Verfassungsprinzipien anerkennen, um zu garantieren, dass gerade auch die Migrantinnen und Migranten mithelfen, die Funktionsfähigkeit unseres Staates und der Grundordnung sicherzustellen.

In Hannover gibt es seit vielen Jahren eine Hilfestelle gegen Diskriminierung und ein interkulturelles Referat. Wir wollen eine verstärkte interkulturelle Öffnung der Verwaltungen. Ziel ist es, die Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten zu vermeiden bzw. abzubauen, die Integration der Zugewanderten in der Stadtgesellschaft zu fördern und ihnen soziale Teilhabe und Chancengleichheit zu ermöglichen. Wir müssen Ernst machen mit der Integration und unseren Anstrengungen zur Verbesserung der Situation von Migrantinnen und Migranten, und zwar auch für diejenigen, die aus dem Arbeitsprozess herausgewachsen sind.

Wie können wir mehr Migrantinnen und Migranten als unsere Bündnispartner gewinnen, wenn es um das ehrenamtliche Engagement in unseren Städten geht? Damit muss schnellstens begonnen werden, und dieser Appell richtet sich an alle staatlichen Ebenen. Städte und Gemeinden sind davon am stärksten berührt, weil die Menschen sich am ehesten mit dem Ort identifizieren, in dem sie zu Hause sind, wo sie leben und arbeiten. Dort, in Städten und Gemeinden, müssen Hilfen und Angebote ansetzen, wenn wir verhindern wollen, dass eine ›Empörung in den Städten‹ auch bei uns zum Ausbruch kommt und das Zusammenleben in unseren Städten gefährdet. Dabei können und müssen wir von den Geschehnissen in Frankreich lernen.

Marianne Rodenstein: Ich beginne mit einer Ergänzung zu Herrn Schmalstiegs Ausführungen: Es ist wichtig zu wissen, dass die französische Politik auf die Unruhen bereits seit 1983 sehr wohl reagiert hat, und zwar in massivster Weise und immer stärker werdend. Die Politik hat in den letzten Jahren ganz neue und wichtige Programme aufgelegt, die hier offenbar unbekannt sind. Es handelt sich dabei um ein ganzes Bündel von Maßnahmen: Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, städtebauliche Maßnahmen, sicherheitspolitische, sozialpolitische und schulpolitische Maßnahmen, die auch auf ihre Wirkung hin untersucht wurden. Man hat festgestellt, dass z.B. die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen relativ erfolgreich waren. Das Prinzip war, kurz gesagt, dass Unternehmen, die sich in der Nähe von Gebieten ansiedeln, in denen viele jugendliche Arbeitslose leben, fünf Jahre lang komplett von Steuern befreit werden und ihnen andere Vergünstigungen gewährt wurden, wenn sie etwa 20% ihrer Arbeitsplätze mit Personen aus diesen umliegenden Gebieten besetzten. Das lief so gut, dass teilweise ein Anteil von bis zu 30% erreicht wurde.



Marianne Rodenstein

In der Schulpolitik ist man über die starke soziale Segregation dagegen nicht hinausgekommen. Dort gelang es nicht, die Verhältnisse entscheidend zu verbessern. Man bot Lehrern Prämien an, wenn sie in diese Gebiete gehen. Dies konnte aber nicht gewährleisten, dass Lehrer über längere Zeit dort blieben. – Soweit meine erste Reaktion auf Herrn Schmalstieg.

Die wichtigste Frage lautet: Können die massiven Unruhen des Jahres 2005 in Frankreich als ein Signal dafür gewertet werden, dass die zentralistische französische Politik für die Städte gescheitert ist? Meine Antwort darauf ist nicht eindeutig negativ. Die Politik war auf Verbesserung der Lebenschancen dieser Bevölkerung gerichtet und hat sicherlich bestimmte Gruppen erreicht. Sie ist jedoch auf halbem Weg stehen geblieben, weil sie zwei Grundprobleme nicht lösen konnte: zum einen die große und wachsende *Jugendarbeitslosigkeit*. Die ergriffenen Maßnahmen waren akzeptabel, erreichten aber nicht alle arbeitslosen Jugendlichen, und eben diese werden ja im Grunde für die Unruhen verantwortlich gemacht.

Der zweite Grund ist das Phänomen der *sozialen Abschottung* der ›weißen‹ Franzosen gegenüber den ›farbigen‹, was von letzteren als Rassismus

empfunden wird. Dies muss auch für uns ein Warnsignal sein. Die französische Gesellschaft ist – noch viel mehr als die deutsche – eine *Klassengesellschaft*, in der starke Trennungslinien zwischen den einzelnen Gruppen bestehen. Die Bevölkerung in den französischen Vorstädten ist – anders als die Migranten bei uns – kulturell assimiliert. Sie sind Franzosen, sie sprechen französisch, teilen die Werte und vor allem auch die Erwartungen der französischen Gesellschaft. Während also dieser Teil der Integration, die *kulturelle* Integration, gelungen ist, ist die *berufliche* und *soziale* Integration nicht gelungen, zumindest nicht von großen Teilen der Bevölkerung.

Dass das republikanische Versprechen der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, auf das die Franzosen sich sehr positiv beziehen, nicht eingelöst wird, führt immer wieder und bei immer neuen Gruppen zu Unruhen. Auslöser ist die Wut, in eine bestimmte Situation hineingeboren zu sein, aus der man sich kaum befreien kann. Trotz der abweichenden Problemlage in Frankreich sehe ich dies als ein wichtiges Signal für Deutschland an. Wir dürfen, was unsere Integrationspolitik angeht, nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Die deutsche Gesellschaft, die Integration einfordert, muss selbst zur Aufnahme bereit sein, und das heißt auch, soziale und räumliche Segregation bekämpfen. Außerdem muss sie sich mit den Bedingungen befassen, die für Migranten Hemmnisse darstellen, die Normen unserer Gesellschaft zu akzeptieren, und das ist nicht nur die Unkenntnis der deutschen Sprache.

Was heißt: zur Aufnahme bereit sein? Hier sind die verschiedenen Politikbereiche anzusprechen, etwa die Wohnungspolitik: Unsere Wohnungspolitik hat im Grundsatz immer eine soziale Durchmischung angestrebt. Heute muss man sagen: Die soziale Mischung müsste verstärkt werden: mehr Sozialwohnungen, kein Verkauf von städtischen Wohnungen. Viele Städte erwägen, ihren Wohnungsbestand zu verkaufen. Die Stadt Dresden tat dies, um Schulden tilgen zu können. So vergibt man die Möglichkeit, die Wohnbelegung zu steuern. In Frankfurt hat die Frankfurt Holding dagegen Quoten für die Belegung einzelner Häuser vergeben, so dass nur 30 Prozent Personen mit Migrationshintergrund in einem Haus wohnen sollen. Die offizielle Wohnungspolitik zielt derzeit nicht in Richtung auf mehr Sozialwohnungen, und die kommunale Ebene vielfach auch nicht.

Zur Aufnahme bereit sein, heißt auch: mehr soziale Förderung für jene Gebiete, in denen eine Ballung von Problemen bereits eingetreten ist, damit die Jugendlichen dort den Anschluss nicht verpassen. Ein Beispiel aus dem Rhein-Main-Gebiet vom Sommer 2005 – also bevor die Zeitungen von Unruhen in Frankreich berichteten – zeigt, dass es bei uns auch brennende Autos gibt und dass in manchen Gegenden mehr getan werden kann und müsste. Es geht um eine Stadt mit etwa 30.000 Einwohnern, darunter rund ein Drittel mit Migrationshintergrund. Hier gab es relativ erfolgreiche

soziale Maßnahmen im Rahmen der ›Sozialen Stadt‹. Aber es gab auch Gewaltausbrüche männlicher Jugendlicher, deren direkter Auslöser – wie fast jedes Mal auch in Frankreich – ein repressives Vorgehen der Polizei war. Nach einer recht gewaltsamen Verhaftung eines Jugendlichen wegen Drogenhandels wurden zwei abgemeldete Autos, die auf einem Parkdeck standen, angezündet. Daraufhin kam es zu maßlos übertriebenen Reaktionen der Medien und auch der Polizei. Ein Hubschrauber kreiste mehrere Stunden lang über den Wohnblöcken. Eine Eskalation drohte. Glücklicherweise reagierte die Leitungsebene: Der Landrat, der Polizeipräsident und der Bürgermeister, Sozialarbeiter, Ordnungsamt, Ausländerbeirat schlossen sich zu einer ›Task Force‹ zusammen, um ihre Maßnahmen zu koordinieren. Dann scherte der Bürgermeister aus: Hessen stand vor der Kommunalwahl, und man befürchtete, die Wähler könnten denken, dass zu viel des Guten getan würde, und der Partei die Zustimmung entziehen.

Hier zeigte sich Angst und Unsicherheit gegenüber der migrantischen Bevölkerung, die ihre Jugendlichen nicht unter Kontrolle hat. Diese Unsicherheit teilte sich auch der Politik mit, die zwischen Offenheit, Misstrauen und repressiven Maßnahmen schwankte und damit weder der deutschen noch der ›internationalen‹ Bevölkerung klare Signale gab. Die Situation blieb konfliktträchtig, und eine solche Politik fördert auch die Segregationstendenzen der deutschen Bevölkerung, die sich gern aus einer solchen Gemeinde verabschiedeten, wenn sie es könnten.

Die brennenden Autos in Frankreich sind auch ein Fanal *männlicher* Jugendlicher. Es sind Machtdemonstrationen von im Grunde Ohnmächtigen. Untergründig sind hier auch die erheblichen Spannungen zwischen den Geschlechtern innerhalb der Migrationsbevölkerung spürbar. Im Oktober 2002 wurde eine 17-Jährige in einer Vorstadtsiedlung von Paris von Jugendlichen mit Benzin übergossen. Sie verbrannte. Als daraufhin kaum öffentliche Reaktionen erfolgten, machten junge Frauen aus diesen Siedlungen mobil und gründeten die Bewegung *Ni Putes Ni Soumises*, »Weder Huren noch Unterworfenen«. Sie führten 2003 aus den verschiedenen Quartieren der *banlieue* einen Marsch auf Paris an, machten an vielen Orten Halt und informierten über ihre Lage. Sie erhielten politische Unterstützung von vielen Gruppen. Mit dieser Aktion wurde das Selbstbewusstsein der jungen Französinen zumeist nordafrikanischer Herkunft demonstriert, die sich gegen die Herabsetzung als ›Huren‹, aber auch gegen die Stigmatisierung durch die französische Gesellschaft als unterdrückte Frauen wehrten. Daraus sollten wir lernen, die Lage der Frauen mit Migrationshintergrund bei uns nicht pauschal durch eine ethnisierende oder religiöse Brille zu betrachten und sie als Opfer von Ehrenmorden und Zwangsheiraten praktisch abzuschreiben. Solcherart Dämonisierung dieser anderen kulturellen Verhältnisse würde weder uns noch den Migranten

nützen. Wir müssen uns vielmehr fragen, was für diese Frauen und ihre Kinder getan werden kann, damit sie unsere Kultur akzeptieren. Im Hinblick darauf wurde auch das *räumliche Arrangement* der Geschlechter in patriarchalen Kulturen von Migrantinnen und Migranten noch zu wenig beachtet. Zu wenig Aufmerksamkeit fanden jene Migranten, die aus ländlichen Gebieten kamen – sei es aus der Türkei oder aus Afghanistan –, wo es in den Wohnungen und im öffentlichen Raum eine sozial begründete Trennung der Geschlechter gibt. Da diese Trennung weder in unseren Sozialwohnungen noch im städtischen Außenraum machbar ist, ergibt sich häufig eine stärkere persönliche Kontrolle des Mannes über die Frau und die Töchter, als es in der Heimat der Fall wäre. In ihrer Heimat verschaffte die räumliche Trennung der Geschlechter Frauen wie Männern Freiheiten, aber auch Sicherheiten, die ihnen in unseren Großsiedlungen fehlen. Vor allem fehlen hier Orte im Außenraum, an denen sich Frauen mit anderen Frauen und Verwandten treffen können und gleichzeitig vor dem Kontakt mit unbekanntem Männern sicher sind. Das Fehlen solcher Räume hat bedeutende Folgen: Müssen sich die Frauen beständig in der Wohnung aufhalten, so gibt es wenig Anstöße, Deutsch zu lernen. Es fehlt ihnen jede gesellschaftliche Erfahrung, und die Autorität als Mutter gegenüber den Kindern nimmt ab. Die Kinder haben nicht genügend Bewegungsraum und kommen bereits mit Defiziten in den Kindergarten. So verschiebt sich die familiäre Machtbalance immer mehr zugunsten des Vaters.

In unserer Stadtplanungs- und Wohnungspolitik sollte die kulturelle Differenz in der Raumnutzung mit ihren sozialen Folgen für die Migranten aus stark patriarchalen Gesellschaften berücksichtigt werden. Es geht aber nicht darum, die patriarchalen Verhältnisse zu unterstützen. Vielmehr muss man helfen sie abzubauen, indem dieser Gruppe von Frauen zunächst Sicherheit und Autorität in der Familie gegeben wird und Möglichkeiten geschaffen werden, dass sie selbst und ihre Kinder mit den Normen unserer Gesellschaft in Kontakt kommen. Im Rahmen einer Untersuchung zum Thema ›Integration‹ fand ich diese Situation bei nicht wenigen, in Hochhausblocks wohnenden Migrantinnen vor, die sich in einem Partizipationsverfahren stark für eine Gartennutzung einsetzten, weil dort ein Raum der Kommunikation mit anderen und ein Ort des Spielens für die Kinder entstehen würde. In der untersuchten Gemeinde, in der dieser Mangel erkannt wurde, stellte die Stadt ein Stück Land zur Verfügung, das einem von Migranten gegründeten Verein ›Internationale Gärten‹ zur Bewirtschaftung übergeben wurde. Hierher können jetzt die Frauen kommen und mit anderen Frauen und Kindern verschiedener Kulturen, auch mit Deutschen, in Kontakt treten und voneinander lernen.

Zum Thema Arbeitslosigkeit eine Bemerkung: Sieht man die soziale Unruhe und Gewalt in den französischen Vorstädten im wirtschaftlichen

Zusammenhang mit der Globalisierung, so muss man auch bei uns alarmiert sein. Aus Sicht der ökonomischen Globalisierung handelt es sich bei den Unruhen in Frankreich um einen ›Aufstand der Überflüssigen‹, die in früheren Zeiten als schlecht Ausgebildete noch Hilfsarbeiter-Jobs gefunden hätten, für die es aber heute keinen Bedarf mehr gibt. Wo könnte es die Arbeitsplätze jener Jugendlichen geben, die aufgrund ihrer schulischen Leistungen und der Sozialisation in ihrem Elternhaus nicht in der Lage sind, qualifizierte Arbeitsplätze zu erhalten? Diese Frage betrifft auch Deutsche. Dabei wissen wir, was zu tun ist, um das Ausbildungsniveau zu erhöhen: Zum einen muss die Durchlässigkeit unseres dreigliedrigen Schulsystems, in dem bei uns die Klassengesellschaft weiterlebt, gestärkt werden, denn die Selektion der später Chancenlosen setzt viel zu früh ein. Zweitens ist die schnelle Einführung von Ganztagschulen wünschenswert, deren zahlreiche positive Effekte nicht hoch genug zu schätzen sind.

Hartmut Häußermann: Der Begriff ›banlieue‹ geht etymologisch zurück auf die ›Verbannung‹ bestimmter Menschen, die man in der Stadt nicht wollte, an bestimmte Orte am Rande der Stadt. Politisch-rechtlich längst abgeschafft, besteht dieses Muster in sozialer und kultureller Hinsicht fort. Das ist eine wesentliche Differenz zwischen den Städten in Deutschland und in Frankreich. In Frankreich ist die Kernstadt, die Innenstadt, *bourgeois* geprägt, während man die sozialen Probleme möglichst an den Rand schiebt. Die typische französische Stadt hält sich die sozialen Probleme aus dem Zentrum heraus. Die Stadt Paris hat sozialen Wohnungsbau sogar außerhalb ihres Stadtgebietes betrieben, um den sozial Bedürftigen Wohnungen zu verschaffen. Die großen Siedlungen in Frankreich, die jetzt Orte der ›Empörung‹ waren, sind in einer ersten Welle in den 1950er Jahren und in einer zweiten Welle in den 1970er Jahren entstanden – durchaus als Orte der sozialen Mischung, als Orte der Integration. Anfangs waren sie überwiegend Wohngebiete von Mittelschicht und Arbeiterklasse. Deren Angehörige aber sind sukzessive aus diesen Siedlungen entweder ins Eigenheim weiter außerhalb gezogen – das ist eine Entwicklung, die wir auch in Deutschland haben – oder zurück in die Stadt, wo viele Viertel saniert, verschönt und auch für die bürgerliche Mittelschicht bewohnbar gemacht worden sind. Das geschah zu einer Zeit, als die Migranten in größerer Zahl aus Nordafrika nach Frankreich kamen und dann in diese Quartiere mehr oder weniger absichtsvoll gelenkt wurden. Heute sind diese Vororte häufig eben nicht mehr die Orte der Integration, der sozialen Mischung, als die sie konzipiert waren, sondern Orte der sozialen Ausgrenzung. Fragt man nach Erklärungen dafür, woher diese Empörung, diese Wut, dieser Hass, der sich in den Aufständen der Jugendlichen zeigt, kommen, kann man vier Dimensionen nennen.

Die erste ist die *ökonomische* Marginalisierung, die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die zugleich eine *soziale* Marginalisierung durch die extreme Segregation in diesen Vierteln ist. Es gibt nirgends in Deutschland sozialen Wohnungsbau oder Großsiedlungen mit einem Anteil ethnischer Minderheiten von bis zu 80-90%. In Amerika hat man Werte bis zu 100%. Das sind Orte, an denen Zustände herrschen, die von so scharfer Abgrenzung geprägt sind und so stark von Unfreiwilligkeit und Zwang, dass man von *sozialer Apartheid* sprechen muss.

Der zweite Grund ist die *räumliche Situation*. Die Siedlungen sind in



Herbert Schmalstieg

der Regel sehr ausgedehnt und räumlich stark isoliert, verkehrstechnisch häufig schlecht angebunden. Die Fahrpreise im Nahverkehr sind oft so hoch, dass die Jugendlichen sie sich nicht durchwegs leisten können, häufig beim Schwarzfahren erwischt werden und polizeilich bzw. strafrechtlich dafür belangt werden. So beginnt hier manche kriminelle Karriere. Die räumliche Isolation ist

Ausdruck der sozialen Marginalisierung. Die Architektur in den französischen Großsiedlungen tut ein Übriges; häufig wirkt sie – von den Planern sicherlich anders beabsichtigt – absolut zynisch.

Hinzu kommt in dieser Umgebung oft eine vernachlässigte Infrastruktur, schlechte Instandhaltung, baulicher Verfall. Besonders in den 1970er und 1980er Jahren sind die Siedlungen rasch hochgezogen worden, so wie die Plattenbausiedlungen in Ostdeutschland nach den 1970er Jahren, so dass dort der bauliche Verfall auch Ausdruck einer sozialen Abwertung ist.

Die dritte Dimension ist die Desintegration und die *Milieubildung* in diesen Quartieren. Tägliche Diskriminierungen und das Schulversagen schaffen ein besonderes Milieu, ein Klima der Hoffnungslosigkeit, in dem Wut, Hass und Gewalt im Mittelpunkt stehen. Die Gewaltausbrüche als ›Machtspiele von Ohnmächtigen‹ zu kennzeichnen, ist treffend. Sie sind oft die einzige Möglichkeit, in einer Situation, die insgesamt von Hoffnungslosigkeit geprägt ist, Macht auszuüben. So kommt es, dass die *Beschaffungskriminalität* zu einem ›Integrationsangebot‹ für die Jugendlichen wird. Sie zieht natürlich neue Grenzen und erhöht die soziale Ausgrenzung.

Die vierte Dimension ist die Frage von *Respekt und Anerkennung*. Unter dem Vorzeichen des republikanischen Ideals der bürgerlichen Gleichheit aller Franzosen wurde die ethnische Diskriminierung in Frankreich lange nicht offen diskutiert. Kulturelle Unterschiede galten als uninteressant. Es zählte nur der Anspruch des Bürgers, als Franzose zu gelten und alle staatsbürgerlichen Rechte zu genießen. Die fehlende Anerkennung der Minoritäten und der mangelnde Respekt insbesondere gegenüber Jugendlichen werden aber bei jeder Polizeiaktion oder Razzia immer wieder deutlich. Niemand bestreitet, dass der Rassismus in der französischen Polizei sehr verbreitet ist. Wenn Innenminister Sarkozy die betreffenden Jugendlichen pauschal als ›Abschaum‹ bezeichnen kann, ohne deswegen sein Amt zu verlieren, so lässt sich ermesen, auf welchem Berg diese Spitze sitzt.

Bei den Jugendlichen kommt es aufgrund dieser Verhältnisse zu einer Identitätskrise. Ein ›normales Leben‹ ist unter diesen Bedingungen einfach nicht möglich. Insbesondere ist es ein Problem der jungen Männer, wie bereits gesagt wurde und wie die im Fernsehen gesendeten Bilder zeigen. An den Ausschreitungen in den Vororten waren *Kinder* bzw. männliche Jugendliche beteiligt. Das Problem dieser männlichen Jugendlichen ist, dass sie ihre *alte*, in der Kultur der Eltern und der Familien wurzelnde Rolle nicht mehr spielen können, denn diese Tradition, diese Kultur, erodiert unter den Bedingungen der Emigration. Aber auch die *neue* Rolle können sie nicht spielen, die die französische Gesellschaft für junge Leute, junge Männer vorsieht: nämlich Beruf, Karriere, Einkommen und, ganz wichtig, Konsum. Hier liegt nicht ein Problem der abweichenden Kultur vor, sondern eher eines der Über-Identifikation, der *Überanpassung* an die französische Kultur. Auch sie beanspruchen nun die Dinge, die diese Gesellschaft für normal, für erstrebenswert und ideal hält, müssen aber feststellen, dass ihnen systematisch verwehrt wird, was für andere möglich ist. Hier wird das republikanische Paradox in den letzten Jahren immer deutlicher: Das normative Ideal – ›Wir kennen keine kulturellen Unterschiede, wir kennen nur den Franzosen, den Staatsbürger‹ – steht in großem Gegensatz zur sozialen Realität, denn sehr wohl gibt es kulturelle Unterschiede und soziale Diskriminierungen.

Die Bevölkerung in der *banlieue* ist – im Unterschied zu unseren Großsiedlungen – durchschnittlich sehr jung. Der Anteil der unter 25-Jährigen ist sehr hoch, was auch darauf zurückzuführen ist, dass die dort lebenden Großfamilien im Weg über den normalen Wohnungsmarkt an den Rand der Stadt verdrängt wurden. So kinderfreundlich ist Frankreich eben nicht, dass Großfamilien mit ethnischem Hintergrund überall eine Wohnung fänden. Die zahlreichen jungen Leute, die dort nun Diskriminierung und Ausgrenzung erleben, reagieren darauf mit der Bildung von Gruppen und Ideologien. Dabei gibt es keine Organisation, keine Sprecher. Es handelt

sich eben nicht – das irritiert viele Beobachter – um eine politische Bewegung. Zwar ist die soziale Homogenität groß, was die Lebenslagen angeht. Aber es gibt eine große ethnische Heterogenität innerhalb der Migranten und zwischen ihren verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen Traditionen. Und keineswegs alle sprechen problemlos Französisch. Es gibt auch Sprachprobleme aufgrund der Herkunft aus verschiedenen Regionen in Nordafrika.

Zwei Fragen stellen sich. Die eine lautet: Was bedeutet dies eigentlich für Deutschland, wo mancherorts vergleichbare Verhältnisse herrschen? Die andere Frage ist: Haben wir es mit einem Problem der Städte oder allgemein mit einem Problem von Integration oder Arbeitsmarkt zu tun?

Zur ersten Frage: Die ethnischen Minderheiten in Deutschland sind weniger segregiert als in Frankreich. Wir haben keine großen Viertel mit Migranten oder mit ethnischen Minderheiten von 80-90%. Bei uns gilt ein Stadtviertel, in dem 40-50% Migranten wohnen, schon als Migrantenviertel. Die Bildung extremer Situationen wie in Frankreich hat eine planvolle Belegungspolitik bei uns bisher verhindert. Unsere Großsiedlungen sind auch weniger deklas-



Hartmut Häußermann

siert. Manche sind durch bestimmte Entwicklungen und zeitgebundene Probleme zu Orten der sozialen Ausgrenzung geworden. Dies ist aber nicht die typische Situation für die Großsiedlungen am Rande unserer Städte. Diese Siedlungen sind in der Regel kleiner, übersichtlicher, weniger isoliert, räumlich besser angebunden an die Stadt. Sie erfahren auch größere stadtpolitische Aufmerksamkeit, als dies in Frankreich der Fall wäre. Der soziale Wohnungsbau in den Städten der *banlieue* wird zumeist von privaten Trägern organisiert und deshalb stärker unter ökonomischen und Rentabilitäts Gesichtspunkten verwaltet als in Deutschland, wo der Wohnungsbau oft – von Bund und Ländern unterstützt – in der Hand öffentlich-rechtlicher Träger ist. Bei uns ist im Großen und Ganzen auch der bauliche Zustand der Großsiedlungen nicht schlecht.

Anders als in den USA, wo sich in diskriminierten Wohnquartieren niemand mehr um die erodierende Infrastruktur kümmert, kann bei uns von einer ›Abwesenheit des Staates‹ keine Rede sein, was aber auch für die *banlieue* in Frankreich gilt. Es gibt bei uns allerdings ebensolche Tenden-

zen der *sozialen Entmischung*, die dort bereits in den 1970er, 1980er Jahren begannen und zu den aktuellen Zuständen in Frankreich geführt haben.

Im Hinblick auf die kulturelle Homogenität und die kulturelle Zusammensetzung wird die Situation in unseren Städten zunehmend schwieriger. Die Anteile von ethnischen Minderheiten steigen, und auch innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nimmt die Heterogenität zu. In vielen Quartieren unserer Innenstädte ist das vor allem in den Schulen spürbar. Migranten haben durchschnittlich mehr Kinder als die einheimische Bevölkerung. Deshalb haben wir Schulen in den innerstädtischen Gebieten, in denen 50-70% der Schüler eine nicht-deutsche Muttersprache haben. In Berlin erreicht dieser Wert in einigen Eingangsklassen bereits 100%. Darauf sind unsere Schulen nicht vorbereitet, und sie werden damit bisher schlecht fertig. Das hat zur Folge, dass die Bildungserfolge in diesen Schulen geringer sind als in Schulen mit weniger Kindern, die eine nicht-deutsche Herkunftssprache haben. Angesichts von PISA-Studien und anderen aktuellen Debatten ist zu fragen: Welche Bedeutung haben die Schulen heute? In welchen Schulen lernt man etwas? Hier reagiert insbesondere die Mittelschicht sensibel. Eltern mit Kindern, die in Quartieren wohnen, in denen der Migrantenanteil relativ hoch ist, ziehen entweder weg oder sie versuchen auf andere Weise, ihre Kinder in Schulen außerhalb unterzubringen. Erreicht der Migrantenanteil an einer Schule eine gewisse Höhe, so steigt er oft rasch weiter an, weil die deutsche Mittelschicht flieht.

Das war auch in Frankreich zu beobachten, selbst in den Quartieren wie den *zones d'éducation prioritaire*, für die spezielle Förderprogramme aufgelegt wurden. Dort werden Schulen mit hohem Migrantenanteil vom Staat besonders gut ausgestattet. Gerade aus diesen Schulen wandern aber die einheimischen französischen Mittelschichtkinder ab, weil die Festlegung als *zone d'éducation prioritaire* zeigt, dass es hier ein Problem gibt. Diese Tendenz der Schulsegregation stellen wir auch in Deutschland fest. Das größte Problem für die Migrantenkinder ist aber, dass sie, wenn sie den Aufforderungen unserer Politiker folgen wollen, sich zu integrieren, sich einzubringen und Kontakt zur deutschen Bevölkerung aufzunehmen, in Schulen landen, in denen keine Deutschen mehr sind. Manche Kommunalpolitiker haben nun die Idee, die Kinder mit Bussen durch die Stadt zu fahren, um eine soziale Durchmischung zu fördern. Wenn aber in Frankfurt von der Gesamtbevölkerung heute 42,5% einen Migrationshintergrund haben – in weniger als zehn Jahren wird es die Hälfte sein –, ist sehr fraglich, ob ein solches Konzept Zukunft haben kann.

Die Einwanderungspolitik der Städte ist bei uns bisher überwiegend allzu paternalistisch geprägt gewesen: Man wollte sich um die Migranten und ihre Probleme kümmern, ihnen helfen. Das ist sicher eine normale Hal-

tung, solange die Minderheit überschaubar ist und die Probleme vorübergehend bzw. lösbar erscheinen. Heute spricht man dagegen gern von *Parallelgesellschaften*, und das Problem der Integration wird auf die Migranten mit dem Tenor projiziert: ›Ihr seid das Problem, ihr wollt euch nicht integrieren, ihr wohnt segregiert, und jetzt ändert das mal gefälligst‹.

Fragt man, wie Segregation zustande kommt, so liegt dem zum geringsten Teil eine Entscheidung der Migranten selber zu Grunde, mit Migranten zusammen wohnen zu wollen. Die Mehrheit möchte das nicht, aber die Menschen werden immer wieder in diese Quartiere gelenkt und so kommt es zu missliebigen ethnischen Konzentrationen, die zur Forderung nach einer ›sozialen Durchmischung‹ führen, die niemand realisieren kann.

Vieles wurde gesagt über Städte, die Tendenz zur Segregation und die damit verbundenen Probleme. Untersuchungen über die Effekte von Segregation, von Konzentrationen von ethnischen Minderheiten zeigen aber, dass die Konzentration selbst kein so großer Faktor ist. Ausschlaggebend sind vielmehr die Arbeitsmarktsituation und die Bildungssituation; erst an dritter oder vierter Stelle rangiert die räumliche Situation, die vor allem für Kinder und Jugendliche ein Problem darstellt. Gebietsbezogene Sozialraumansätze wie das Programm »Soziale Stadt« sind insbesondere für Kinder und Jugendliche der richtige Ansatz. Zunehmend wird aber die schulische Bildung das zentrale Problem von Migrantenkindern sein. Kommt es in dieser Hinsicht nicht zu grundlegenden Änderungen, werden wir eine wachsende Unterklasse haben, die nicht nur den Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft verliert, sondern auch den ökonomischen Zugriff der Städte gefährdet, weil sie in den Städten nur Kosten verursacht und nichts zur Wohlfahrt beitragen wird.

Daniela De Ridder: Frau Rodenstein sprach mit Blick auf Frankreich von einem ›Aufstand der Überflüssigen‹. Das klingt nach absoluter Chancenlosigkeit der Betroffenen. Herr Häußermann hat dagegen den Hinweis geliefert, dass unser sozialer Wohnungsbau so schlecht nicht ist.

Herr Schmalstieg, ist es vor diesem Hintergrund nicht eine Katastrophe, wenn Städte ihren Bestand an Sozialwohnungen veräußern? Führt das nicht erst recht in diese problematische Situation?

Herbert Schmalstieg: Wir haben in Hannover auch einige wenige Bestände unserer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft veräußert. Den größten Teil aber behalten wir, weil eine Stadt dieses Mittel benötigt, um vernünftige Belegungspolitik zu betreiben. Der freie Markt allein kann für manche sozialen Probleme keine Lösung bieten. Eine vernünftige Belegungspolitik ist notwendig. Man muss darauf achten, dass Menschen mit Migrationshintergrund oder sozial Schwache – Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und

Ältere aus der Altersarmut – in allen Wohnquartieren vertreten sind. Ich halte es für falsch, wenn Städte ihren gesamten Wohnungsbaubestand veräußern. Auch das Präsidium des Deutschen Städtetages diskutiert dieses Thema heftig, denn es gibt aus verschiedenen politischen Konstellationen heraus Überlegungen, kommunale Wohnungsbestände zu veräußern. Wir sagen dazu grundsätzlich ›Nein‹, aber es gibt eine Sondersituation in manchen ostdeutschen Städten, wo Zehntausende von Wohnungen in kommunalem Besitz sind. Die Folge ist oft, dass es für die Kommunalpolitik keine finanziellen Handlungsspielräume mehr gibt.

Wo seit Anfang der 1970er Jahre Stadtquartiere mit einer starken Ballung entstanden, muss man über Abriss und Neubau nachdenken. Wir haben in einem Stadtteil mit starken Migrationsproblemen mehrere Hochhäuser abgerissen und bauen dort jetzt Siedlungs- und Reihenhäuser. Dabei sind wir zuversichtlich, dass es gelingt, dafür zu sorgen, dass diese Quartiere nicht die Entwicklung nehmen, wie sie in Frankreich oder auch in einigen deutschen städtischen Wohnquartieren zu beklagen ist.

Hartmut Häußermann: Der Wohnungsverkauf ist nur ein Beispiel für Ausverkauf und Privatisierung öffentlichen Besitzes. Der ganze Kontext ist sehr beunruhigend. Ein umfassendes Bewusstsein von Kommunalpolitik, von einer Stadtpolitik, die für die gesamte Stadt und für alle Bewohner der Stadt verantwortlich ist, findet immer weniger Vertreter. Vielfach hört man die Begriffe ›Unternehmensstadt‹, ›schlanke Stadt‹ und ›es muss sich alles rechnen‹, und man holt Unternehmensberater, die alles auf Rentabilität und Verzichtbarkeit abklopfen. Dass die Stadt ein Gemeinwesen ist und die Bürger einer Stadt sich mit ihrer Stadt sehr wohl identifizieren, wenn sie als Gemeinwesen geführt wird, beweisen zahlreiche Umfragen.

Herbert Schmalstieg: Die Städte müssen darauf achten, dass sie auf die Grundbedürfnisse des täglichen Lebens, die Daseinsvorsorge, ihre Hand halten. Das gilt für Energieversorgung, Wohnungsversorgung, Wasser und Abwasser, für die Sparkasse und weitere Beispiele. Wenn wir schließlich in unserer Stadtverwaltung nur noch das Steueramt haben und für die Sozialhilfe zuständig sind, dann brauchen wir keine Kommunalverwaltung mehr.

Publikum: Angesichts der bekannten Verbote, die zu den sozialen Wohnungsbauten gehörenden Rasenflächen zu betreten oder dort Fußball zu spielen, ist schwer vorstellbar, wie die Konzepte der erwähnten ›Gärten der Kulturen‹, wo sich Migranten treffen und austauschen können, bei der Wohnungsbaupolitik zum Tragen kommen können.

Marianne Rodenstein: Die Idee von ›internationalen Gärten‹ ist, dass dort verschiedene Kulturen direkt zusammenarbeiten, Konzepte machen, wie dieses Stück Land aussehen soll, und ins Gespräch kommen, um *miteinander* etwas machen. Die Idee entstand in Göttingen, dort gab es den ersten internationalen Gartenverein. Inzwischen gibt es über 100 solcher Vereine, die diese Idee aufgegriffen haben und in denen sich neben Deutschen auch Migranten beteiligen. Das Entscheidende ist, dass nicht nur Gruppen oder Personen aus einer Ethnie oder einem Herkunftsland zusammenkommen.

Publikum: Ziehen wir nicht die falschen Schlussfolgerungen aus den Vorgängen in Frankreich? Wir erwarten von den Migranten, dass sie sich unserer *Kultur* anpassen. In Frankreich, so wissen wir jetzt, sind die Migranten kulturell angepasst, haben aber dennoch Probleme. Würde sich an den Problemen der Migranten in Deutschland etwas ändern, wenn sie sich unserer Kultur mehr anpassten? Ist die Diskussion um kulturelle Anpassung nicht ein Nebenschauplatz?

Hartmut Häußermann: Dass die Migranten arbeitslos sind, kann man ihnen schlechterdings nicht vorwerfen. Stattdessen macht man ihnen ihre fremde Kultur zum Vorwurf. Das geht aber an der Sache vorbei.

Herbert Schmalstieg: Es wäre kein erstrebenswertes Ziel und lebenswertes Land, wenn alle Menschen mit Migrationshintergrund die deutsche Kultur annähmen. Die Rechtsordnung muss von allen akzeptiert werden, aber ansonsten leben wir von der Vielfalt, die unsere Städte interessant macht. Wie stünde es um die Gastronomie in unseren Städten, wenn wir nicht die Vielfalt allein in diesem Bereich hätten? Diese Vielfalt wird von den meisten ebenso begrüßt wie die ausländischen Spielerstars in den Bundesliga-Vereinen. Und wenn man berühmte Wissenschaftler oder Ärzte an der Universität hat, fühlt sich eine Stadt geehrt. Als ›Problem‹ werden nur jene behandelt, die keine Arbeit haben oder nicht die Chance, Bildung und Ausbildung im wünschenswerten Maß zu erwerben.

Marianne Rodenstein: Man sollte wissen: Fast 20% der Angehörigen unserer Universitäten haben nicht-deutsche Namen. Sie machen ihre Karriere, sind hoch qualifiziert, sprechen zum Teil besser Deutsch als die Deutschen. Viele haben durch kulturelle Integration und das Erlernen der deutschen Sprache ganz reale Chancen in unserer Gesellschaft.

Publikum: Die Integration der Portugiesen, Griechen, Spanier, Italiener und Jugoslawen in unsere Gesellschaft scheint in der *zweiten* Generation auch deshalb zu gelingen, weil sie ihre Kultur bewahrt haben. Dafür gibt

es namhafte Beispiele. Viele dieser Integrierten sagen: Unsere Eltern haben uns aus dem Haus geschickt, einmal in der Woche in einen Gesangverein, Sportverein oder zum Roten Kreuz mit der Aufforderung: ›Geht los und integriert euch gefälligst!‹ – Leider organisieren sich viele Jüngere wieder in Vereinen mit ethnischen oder nationalen Vorzeichen. Und aus Berlin wurde berichtet, dass Polizisten ausländischer Herkunft, die verbeamtet wurden, bei manchen der eigenen Landsleute als Verräter gelten.

Publikum: Ich bin als Gastarbeiter vor vielen Jahren nach Deutschland gekommen und habe hier studiert, habe also das, was man heute einen Migrationshintergrund nennt. Für mich ist klar: Wenn ich die Sprache nicht beherrsche, dann kann ich nicht kommunizieren, kann weder etwas lernen noch eine Arbeit ausüben. Diesen Teil der Kultur *muss* ich einfach übernehmen. Zweitens: Beim ›Karneval der Kulturen‹ in Berlin oder anderswo werden immer die verschiedenen fremden Speisen angeboten; alle gehen hin, essen etwas Exotisches und fühlen sich wohl. Kultur ist aber nicht einfach *Kebab*, *Zaziki* und *Souflaki*. Die kulturelle Vielfalt – und ich glaube, alle Migranten oder Gastarbeiter haben große Teile ihrer Kultur bewahrt – ist etwas anderes, als der normale Deutsche wahrnimmt.

Leider gab es bisher nur eine Bestandsaufnahme der Probleme. Auf die Lösungen warten wir noch.

Publikum: Diese Diskussion über brennende Autos in Frankreich, die es bei uns noch nicht gab, kann man nicht führen, ohne sich klarzumachen: Wenn wir in unserem Staat mit der Entsolidarisierung, mit der zunehmenden Trennung von Arm und Reich am unteren Rand der Gesellschaft so weitermachen, werden wir die brennenden Autos auch hier bekommen. Gewinne aus Kapital steigen jährlich um 10%, Gewinne aus der Arbeit gibt es nicht, die Löhne sinken ...

Publikum: Der soziale Wohnungsbau wurde als ein Instrument gelobt, das einer sozialen Durchmischung der Wohnquartiere förderlich sein kann. Das Instrument zieht aber nicht mehr, denn die öffentliche Förderung für den sozialen Wohnungsbau ist ausgelaufen und die noch geltenden Belegungsfristen werden bald ausgelaufen sein. – Welche Instrumente zur Förderung der gewünschten sozialen Durchmischung bleiben da noch?

Herbert Schmalstieg: Mit der vielfältigen Gastronomie in unseren Städten haben diejenigen oftmals kein Problem, die sonst mit der Integration große Probleme haben. Darauf wollte ich hinweisen, keineswegs aber die Kultur der Migranten auf kulinarische Leistungen reduzieren. Jeder, der einen

Migrationshintergrund hat, soll dies nicht verleugnen, sondern sich selbstbewusst zu seiner Herkunft bekennen.

Es gibt viele Möglichkeiten, etwas für die Integration zu tun. Dazu zählen auch persönliche Freundschaften. Wir sollten Wert darauf legen, dass unsere Kinder zu ihren Geburtstagen auch Klassenkameraden aus Migrantenfamilien einladen. Bei den Kindern, im Beruf und in der politischen Arbeit müssen wir immer auch Kontakt zu Menschen suchen, die aus einem anderen Kulturbereich kommen. Wenn man Einfluss hat, etwa einer Stadtverwaltung mit mehreren tausend Beschäftigten vorsteht, so kann man bei den Einstellungen, bei den Ausbildungsplätzen etwas machen. In Hannover stellen wir inzwischen einen höheren Anteil an Migranten als Auszubildende ein, als ihr Bevölkerungsanteil ausmacht. Fast 25% unserer Auszubildenden haben einen Migrationshintergrund.

Das Schaffen von ›Mietergärten‹ bei den Wohnbauten im Eigentum der Kommune kann einen Kristallisationskern der Identifikation mit dem unmittelbaren Wohnbereich bieten, an dessen Pflege man so mitwirken kann. Wir haben über 20.000 Kleingärten in der Stadt Hannover. Wir haben Projekte mit Kleingartenvereinen gemacht und überlegt, wie wir Menschen – angefangen bei Spätaussiedlern bis zu Menschen, die aus anderen Gründen einen Migrationshintergrund haben – Kleingärten verpachten und sie in die Vereinsarbeit einbeziehen können.

Wenn es um Kultur geht, denke ich auch an unsere über 80 Plätze in Hannover, die zum Teil noch den ›Charme‹ der 1950er und 1960er Jahre haben und jetzt im Rahmen des Programms »Hannover schafft Platz« umgebaut werden. Sie so herzurichten, dass man sich dort so wohl fühlen kann wie auf den rund um die Uhr lebendigen *plazas* in Italien oder Spanien, wäre sehr wünschenswert.

Weitere Schritte müssen sich mit den Stichworten *Bildung und Ausbildung* verbinden, denn davon hängt die gesamte Frage der Weiterentwicklung der Integration ab. Irgendwann kommt der Zeitpunkt, an dem die Mehrzahl der Menschen, die in einem Gemeinwesen leben, einen Migrationshintergrund hat. Dann fragt sich: Wer integriert wen?

Hartmut Häußermann: Lösungen wurden angemahnt. Dazu gibt es viele Konzepte, aber eines ist sicher: Die Integration findet nicht nur im Stadtteil statt. Wenn wir über Stadtpolitik sprechen, über *banlieue* und Konzentrationen, befassen wir uns nur mit einem Teilaspekt. Mit dem Programm »Soziale Stadt« haben wir zwar in Westdeutschland viele, überwiegend innerstädtische Quartiere mit hohem Migrantenanteil erreicht, in der Armut und Arbeitslosigkeit groß sind. Dieses Programm kümmert sich um diese Stadtteile, kann dort aber keine Arbeit schaffen oder gar die Armut beseitigen. Es kann helfen, die Lage erträglicher zu machen, Leute zur

gegenseitigen Hilfe zu motivieren, die Situation zu stabilisieren, aber keine grundsätzliche Wende herbeiführen. Dazu müsste man auch über Arbeitsmarktpolitik sprechen.

Sicherlich ist auch das *Elternhaus* wichtig für Integrationsprozesse. Dessen Rolle ist aber für Migrantenkinder nicht wichtiger als für einheimische Kinder. Es gibt im Übrigen immer weniger ›funktionierende‹ Familien bei den Einheimischen *und* bei den Migranten, und das hat viele Gründe.

Sicherlich haben die Migranten der zweiten und dritten Generation, die Kinder und Enkel der Einwanderer, große Orientierungsprobleme angesichts der Traditionen der eigenen Kultur, die häufig sehr familiär geprägt ist, und dessen, was sie hier erleben und was ihnen an Lebensentwürfen nahe gelegt wird. Das führt heute oft dazu, dass sich die Angehörigen der zweiten und dritten Generation stärker auf ihre Herkunftskultur beziehen und eine neue Identität konstruieren, die nicht mit dem übereinstimmt, was die Eltern glauben und leben, und auch nicht mit dem, was die Aufnahmegesellschaft tut, sondern einen dritten Weg darstellt. Das lässt sich in allen Einwanderungsländern beobachten, etwa anhand der Debatte darüber, dass immer mehr Mädchen Kopftücher tragen. Dieser Prozess ist aber ganz normal, nachvollziehbar, verständlich und auch keineswegs bedrohlich.

Was man als ›Integration‹ bezeichnet, ist ein sehr komplexer, überdeterminierter Vorgang. Lässt sich Integration überhaupt einfordern? Je mehr bei uns über soziale Durchmischung geredet wird, desto weniger ist denkbar, sie tatsächlich herzustellen, denn die Städte haben die Instrumentarien dafür nicht mehr. Es werden die *Märkte* darüber entscheiden, wer wo wohnt. Ethnische Konzentration oder nicht vorhandene soziale Durchmischung muss nicht problematisch sein. Die Frage ist vielmehr, ob der Einzelne *entscheiden* kann, wo er wohnen möchte oder ob hier der Zwang der Verhältnisse maßgeblich ist. Ist die ethnische Konzentration aber ein Anzeichen für Diskriminierung, für Ausgrenzung, für unfreiwilliges Zusammenleben mit Menschen, mit denen man eigentlich nicht leben möchte, dann stellen sich Fragen nach der sozialen Gerechtigkeit und dem Schicksal der grundgesetzlich geschützten Menschenwürde.

Die Frage nach den Lösungen möchte ich so beantworten: Unsere modernen Gesellschaften haben nicht das Merkmal einer klaren Identität, so wie es für traditionale Gesellschaften gilt. Die ›deutsche Nation‹, ›die Deutschen‹, oder ›das deutsche Volk‹ oder ›die deutsche Kultur‹ sind Bezeichnungen, die niemand definieren kann, denn sie meinen sehr heterogene Dinge. Je moderner eine Gesellschaft ist, desto heterogener und unverbundener sind ihre einzelnen ökonomischen, kulturellen, politischen und sozialen Elemente. Moderne Gesellschaften sind immer stärker differenziert, und ihre Teile sind immer weniger durch gemeinsame Normen

und Werte miteinander verbunden. Sie sind vielmehr *Funktionssysteme*, und darin liegt die Hoffnung begründet, dass die Integration gelingt.

Integration hat vier Dimensionen: die *systemische* Integration, das ist die Integration in die Ökonomie, in den Arbeitsmarkt; die *institutionelle* Integration, also die Frage, ob man volle oder eingeschränkte staatsbürgerliche Rechte hat; die *kulturelle* Integration, das ist vor allem die Frage der Sprache: Übernehme ich die damit verbundenen kulturellen Elemente oder nicht? Und als letztes ist die *Assimilation* zu nennen, also die Frage, inwieweit ich mich mit diesem Land und dieser Kultur identifiziere oder in ihr aufgehe.

Wären wir Deutschen ein Volk, das eine bestimmte Tracht und eine bestimmte Musik verbindlich machen wollte – wenn wir etwa von den Migranten verlangen würden, Lederhosen anzuziehen –, dann hätten sie es sehr schwer. Das tun wir aber nicht. Integration heißt bei uns, in sehr verschiedenen Bereichen mehr oder weniger integriert zu sein.

Die Gastarbeiter wurden geholt, weil Arbeitskräfte gebraucht wurden. Sie hatten Arbeit, verdienten Geld, sie waren nicht integriert in kulturellem Sinne, sie haben selber lange Zeit die Perspektive gehabt, nicht lange zu bleiben. Das störte niemanden, solange es keine Arbeitslosigkeit gab, solange das Migrant-Sein keine Not, keine Armut bedeutete. Aber das hat sich verändert. Nicht nur die Globalisierung, sondern die De-Industrialisierung in unseren Städten ist das zentrale Problem. Arbeitsplätze in der Industrie gibt es heute immer weniger, sie verschwinden aus unseren Städten. Die neu hinzukommenden Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich verlangen Qualifikationen, die die erste Gastarbeitergeneration nicht hatte, und das sind überwiegend kulturspezifische Fertigkeiten wie Sprache und Kommunikation. Die zweite und dritte Generation wird es lernen ...

Daniela De Ridder: Lösungsansätze jenseits der Arbeitsmarktintegration sehen Sie, Herr Häußermann, überhaupt nicht?

Hartmut Häußermann: Ich sehe keine Notwendigkeit dazu. Statistische Erhebungen zeigen, dass die Integration im Hinblick auf Einkommen, Berufe, Bildung permanent vorankommt. Unsere Migrantenbevölkerung befindet sich keineswegs auf dem Weg aus der Gesellschaft heraus, ganz im Gegenteil. Die Integration ist natürlich weiterhin ein Problem. Sie ist nicht weit genug gekommen, aber die Richtung ist *in* die Gesellschaft hinein. Nur in einem Bereich, dem der *Bildung*, ist kein Fortschritt zu erkennen: Dass die Angehörigen der zweiten und dritten Generation der Migranten ähnliche Erfolge hätten wie die einheimische Bevölkerung, ist nicht der Fall. Und das ist die ›Bildungskatastrophe‹ des 21. Jahrhunderts.

Marianne Rodenstein: Dem kann ich nur zustimmen. Die gegenwärtige Föderalismusdiskussion bietet hier wenig Aussicht auf positive Veränderungen. Bildungspolitik machen weiterhin die Länder. Die angekündigten »Reformen« im Schulsystem gehen leider ebenso wenig in die richtige Richtung wie die an den Universitäten oder in der Wohnungspolitik.

Aus der Beschäftigung mit Frankreich ziehe ich die persönliche Konsequenz, den Kontakt mit den Zuwanderern zu suchen und herzustellen. Sobald Bekanntschaften bestehen, hören auch unbewusste Fehleinschätzungen und Diskriminierungen auf. Viele Möglichkeiten, Integration zu befördern, haben wir selbst in der Hand und brauchen nicht auf die Politik zu warten.